Kurdische Gemeinde kritisiert Islamverbände in Deutschland

24. Juni 2016

Berlin (KNA) Der Streit um die Armenienresolution des Bundestags zeigt nach Einschätzung der Kurdischen Gemeinde Deutschland, dass die Politik ihre Einstellung zu den Islamverbänden überprüfen muss. Diese unterstützten zum Teil Tendenzen zu einer antidemokratischen und fundamentalistischen Orientierung bei Teilen der Muslime, erklärte der Bundesvorsitzende und CDU-Politiker Ali Toprak am Donnerstag in Berlin. Die Verbände verhinderten dadurch Integration und förderten eine Abgrenzung der Muslime von der Gesellschaft. Nach Meinung Topraks ist angesichts dieser Haltung auch die vor zehn Jahren ins Leben gerufene Deutsche Islamkonferenz „ganz wesentlich“ gescheitert. „Wenn der deutsche Staat nicht gewillt ist, seine muslimischen Kinder und Schüler vor dem Einfluss und der Indoktrination ausländischer Staaten zu beschützen, dann muss sich die Mehrheit der Muslime in Deutschland selbst davor schützen und den staatlichen Islamunterricht in Deutschland boykottieren“, sagte der Sozialwissenschaftler, der lange Zeit die Alevitische Gemeinde Deutschlands führte und selbst der Islamkonferenz angehörte. Der Staat müsse darüber nachdenken, ob die öffentlichen Mittel richtig eingesetzt worden seien, die eigentlich eine Demokratisierung der muslimischen Verbände zum Ziel gehabt hätten. Toprak kritisierte insbesondere den Moscheegemeinden-Dachverband Ditib: „Die Reaktion auf die Armenienresolution demaskiert die Wölfe im Schafspelz, die sich bisher als dialogbereite Kooperationspartner dem Bund und den Ländern präsentiert haben“, sagte er wörtlich und verurteilte insbesondere Demonstrationen und Hetzkampagnen gegen türkischstämmige Bundestagsabgeordnete. Die Ditib habe deutlich gemacht, dass sie „nicht die Interessen deutscher Muslime vertritt, sondern der verlängerte Arm der Regierung in Ankara ist, die die Alleinherrschaft eines aggressiven, menschenrechts- und demokratiefeindlichen Islam anstrebt“.

(KNA – qkqmn-89-00022)

Stand: 17. November 2026